Causa Hypo: Gläubiger schauen durch die Finger

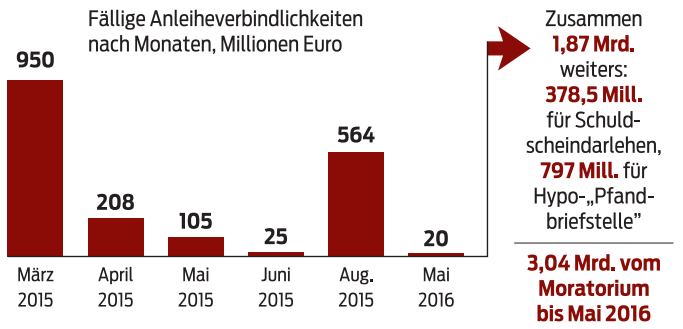
Notbremse in Causa Hypo. Neues Finanzloch von 7,6 Milliarden Euro aufgetaucht.

WIEN, BREGENZ. (VN-fei) Das Debakel um die Hypo Alpe Adria ist seit dem Wochenende um eine Facette reicher: Die Bad Bank der Hypo ist zahlungsunfähig, Österreich schießt kein Geld mehr zu. Eine Prozesslawine ist absehbar – den Gläubigern der einstigen österreichischen Staatsbank Hypo Alpe Adria droht nämlich ein milliardenschwerer Schuldenschnitt.

Die Bad Bank der Hypo, die Heta Asset Resolutions, wird laut Finanzministerium nun unter der Regie der Finanzmarktaufsicht (FMA) abgewickelt. Bei der Heta, die faule Kredite und fragliche Vermögenswerte im Buchwert von 18 Milliarden Euro abwickeln sollte, war bei jüngsten Prüfungen ein Finanzloch von bis zu 7,6 Milliarden Euro aufgetaucht. Alle Schuldenzahlungen wurden seit Sonntagabend bis zum 31. Mai 2016 eingestellt; bereits gestern, Montag, wäre wieder ein Darlehen über 25 Millionen Euro fällig geworden, am 6. März eine Anleihe über 450 und am 20. März eine über 500 Mill. Euro. Jetzt gibt es für die Gläuber vorerst nichts.

Der Schritt gilt offiziell nicht als Konkurs. Der drohende Zahlungsausfall hat die Heta jedenfalls reif gemacht für die Anwendung des neuen Bankenabwicklungsgesetzes. Dieses erlaubt es der seit 1. Jänner auch als Bankenabwicklungsbehörde betrauten FMA, Gläubiger zur Kassa zu bitten. Kernthema ist ein Schuldenschnitt. Es kann in der Folge aber auch eine Insolvenz sein, wenn eine Pleite nicht mehr so gefährlich ist.

Heta-Zahlungsstopp für 3 Milliarden Euro



VN-GRAFIK: © APA, QUELLE: APA/FMA

Republik haftet nicht

Ein Konkurs hätte Kärnten, das immer noch für rund zehn Milliarden Euro haftet, durch die unmittelbaren Gläubigerforderungen extrem getroffen. Von dem Schuldenmoratorium sind laut FMA Forderungen im Umfang von 9,8 Milliarden Euro betroffen. Die Aufsicht prüfe nun, welche Forderungen zum Verlustausgleich herangezogen werden können. Die Republik hafte jedenfalls nicht für die Kärntner Landeshaftungen für die Heta, sagte Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) am Montag. Lediglich für eine Milliarde Euro, für die es eine Bundeshaftung gibt, werde die Republik geradestehen. Schelling betonte auch, es werde kein Euro Steuergeld mehr für die Heta-Schulden gezahlt. Und man werde probieren, aus den Landeshaftungen herauszukommen.

Minister Schelling: Kein Steuergeld mehr für die Heta. FOTO: APA

Womit Michael Grahammer, Vorstandsvorsitzender der Hypo-Landesbank Vorarlberg ein Problem hat: „Der Umgang mit den Landeshaftungen ist entscheidend bei der weiteren Vorgehensweise. Hier muss man sehr sensibel vorgehen, ansonsten kann das Vertrauen in den Finanzmarkt Österreich beschädigt werden." Die Regierung wäre gut beraten, die Haftung für das Land Kärnten, das seinen Hypo-Verpflichtungen derzeit nicht nachkommen kann, doch zu übernehmen, „sonst hätte das eine ungute Präzedenzwirkung in ganz Europa", sagt Grahammer zu den VN. Das Land Vorarlberg habe im übrigen Haftungen zwischen 3,5 und vier Milliarden für die Hypo-Landesbank.

Auswirkung auf Bilanz

„Die Vorarlberger Hypo ist aber auch eine Perle", konstatiert Landeshauptmann Markus Wallner, umso vorsichtiger müsse man nun bei der weiteren Vorgehensweise sein. Immerhin sind in der Hypo-Pfandbriefstelle neben allen Bundesländern auch alle Landes-Hypos vertreten. Durch das derzeitige Schuldenmoratorium fehlten der Stelle nun natürlich bilanzierte Einkünfte aus den vergebenen Hypo-Anleihen, die wiederum auch zu aliquoten Teilen Vorarlberg zugute gekommen wären. „Die Frage ist daher, wie es nach dem Stichtag 31. Mai 2016 aussehen wird", erklärt Wallner gegenüber den VN. Grahammer jedenfalls beruhigt: Auch wenn alles weg wäre, so hätte die Hypo-Landesbank keinerlei Liquiditätsprobleme.

> Der Umgang mit den Landeshaftungen ist entscheidend.
>
> MICHAEL GRAHAMMER

Kommentar

Andreas Feiertag

Steuerreform? Das war's dann!

Die staatliche Schuldenspirale dreht sich weiter, der geplanten Steuerreform droht, noch bevor sie überhaupt ausverhandelt ist, schon jetzt die erste Zerreißprobe, denn wenn sich die politische Verhandlungsgruppe kommendes Wochenende erneut über eine mögliche Gegenfinanzierung der angestrebten Steuerentlastung von fünf Milliarden Euro die Köpfe zerbrechen wird, hat sich die fiskale Landschaft dieser Republik bereits völlig verändert: Der unerwartet hohe Finanzbedarf der Hypo-Bad-Bank Heta dürfte nämlich das Staatsdefizit gefährlich anschwellen lassen.

> Die Maastricht-Kriterien kann sich die Republik also vorerst auf den Bauch pinseln.

Sollte der gesamte Abwertungsbedarf von nunmehr 7,6 Milliarden Euro schlagend werden, würde Österreich die EU-Defizitgrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung klar überschreiten. Dann müsste erst recht wieder gespart werden, und man darf für diesen Fall erwarten, dass die Sanierung des Haushalts wie schon so oft in der Vergangenheit erneut mittels neuer Steuern auf dem Rücken der Steuerzahler unternommen wird.

Dabei hat Finanzminister Hans Jörg Schelling alles fein durchgerechnet. Im Defizit für 2014 hat er vorsorglich einen Abwertungsbedarf der Hypo-Bad-Bank Heta von vier Milliarden Euro eingeplant, um mit einem so prognostizierten Defizit von 2,8 Prozent der Wirtschaftsleistung gerade noch knapp unter der auf EU-Ebene geltenden Drei-Prozent-Grenze zu liegen zu kommen. Damit hätte Österreich seine selige Ruhe vor den europäischen Finanzhütern gehabt.

Seit diesem Wochenende jedoch ist alles wieder ganz anders. Neue Zahlen aus der Heta liegen vor, die Abbaugesellschaft kann nicht einmal mehr die laufenden Zahlungen leisten, seit Montag fließt kein Geld mehr. Das Hypo-Loch ist um bis zu 7,6 Milliarden Euro tiefer, als gedacht. Auch wenn der Finanzminister versichert, dass ab jetzt keine Steuergelder mehr zum Auffüllen dieses Lochs verwendet werden, das Staatsbudget wird dennoch belastet, muss die Summe schließlich in die Bilanzen einbezogen werden, und das angesichts der Tatsache, dass allein der Bund im Vorjahr ein Minus von 3,2 Milliarden Euro erwirtschaftet hat. Rechnet man den höheren Bedarf der Heta hinzu, kommt man auf ein Defizit von 3,3 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Schulden von Ländern und Gemeinden sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Die Maastricht-Kriterien kann sich die Republik also vorerst auf den Bauch pinseln.

Dass Österreich dadurch sofort ein neues EU-Defizitverfahren droht, ist freilich eher unwahrscheinlich. Doch um ein solches in den nächsten Jahren abzuwenden, muss das Budget saniert werden: Neben den fünf Milliarden, die die Regierung derzeit zur Gegenfinanzierung der geplanten Steuerreform sucht, muss die Koalition auch noch weitere Milliarden finden, um das größer werdende Budgetloch zu stopfen. Und wo wird sie das Geld wohl finden, na? Genau! Von der Steuerreform, so sie denn tatsächlich mehr Netto vom Brutto für die Steuerzahler bringen wird, dürfte schon wenig später kaum noch etwas übrig sein.

andreas.feiertag@vorarlbergernachrichten.at, 05572/501-722

Österreichs Bischöfe tagen in Deutschland

WIEN. Die Plattform „Wir sind Kirche" drängte Österreichs Bischöfe zum Auftakt von deren Frühjahrskonferenz am Montag zu „kühnen Vorschlägen", ansonsten gebe es weiter ungebremste Austrittszahlen und Resignation.

Die Plattform forderte ein neues Verständnis der Sexualität sowie eine Anerkennung der verantworteten Gewissensentscheidung in Fragen der Empfängnisregelung. Wiederverheiratete dürften nicht weiter von den Sakramenten ausgeschlossen bleiben. Nötig sei auch ein Ende jeglicher Diskriminierung von Frauen inner- und außerhalb der Kirche. Priestern müsse endlich das Recht auf Familienleben eingeräumt werden. Schließlich will „Wir sind Kirche" eine Entdiskriminierung Homosexueller.

Verfolgung und Genozid

Die im Herbst geplante Familiensynode ist Schwerpunkt des Treffens der Bischöfe, das im deutschen Schloss Maurach am Bodensee stattfindet. Zudem soll die Situation verfolgter Christen und der Genozid an armenischen und syrischen Christen vor 100 Jahren zur Sprache kommen, berichtete der Generalsekretär der Konferenz, Peter Schipka.

Oberlandesgericht verteidigt Schruns

Bezirksgericht im Montafon laut Justizsprecher gut aufgestellt.

INNSBRUCK, SCHRUNS. (VN-fei) „Das stimmt nicht", nimmt Wigbert Zimmermann, Vizepräsident des Oberlandesgerichts Innsbruck, das kleine Vorarlberger Bezirksgericht Schruns angesichts der Aussagen des Montafoner Standesrepräsentanten Rudi Lerch in Schutz.

In der aktuellen Debatte um eine vom Justizministerium angekündigte Effizienzprüfung und – je nach Ergebnis – mögliche Schließung eines der beiden Bezirksgerichte Bezau und Schruns, hatte Standesvertreter Lerch gemeint, dass das Schrunser Gericht personell ausgehungert werde und es daher in Grundbuchsangelegenheiten im Montafon bereits „die längsten Wartezeiten aller Vorarlberger Gerichte" gebe – die VN berichteten. Also hatte Lerch statt einer Schließung mehr Justizpersonal für das Montafon gefordert.

„Warum Herr Lerch diese Aussage trifft, weiß ich nicht, das wollte er mir auch nicht sagen", erklärte Vizepräsident Zimmermann den VN: „Tatsache ist aber, dass gerade in Grundbuchsangelegenheiten das Bezirksgericht Montafon eines der schnellsten ist." Fast alle diesbezüglichen Angelegenheiten würden in Schruns binnen Wochenfrist erledigt, nur bei größeren Recherchen sei mit etwas längeren Wartezeiten zu rechnen. Auch im Übrigen sei das Montafoner Gericht gut aufgestellt, ebenso wie das Bezauer, das ja in einem justizinternen Ranking weit vorne liegt.

Zu einer dennoch möglichen Schließung will Zimmermann keinen Kommentar abgeben: „Das ist eine rein politische Entscheidung, die über unsere Köpfe hinweg getroffen wird", erklärt der Vizepräsident des Oberlandesgerichts, „wir müssen dann nur im Fall des Falles umsetzen." Wie berichtet, spricht sich der Feldkircher Landesgerichtspräsident Heinz Bildstein für die Schließung beider Gerichte aus, Landeshauptmann Markus Wallner will vorerst an seinem Nein zu Schließungen festhalten.

> Das ist eine rein politische Entscheidung.
>
> WIGBERT ZIMMERMANN

Die Umfrage des Tages von VN und VOL.AT

» **Der VfGH muss immer öfter Gesetze aufheben. Ein Zeichen für schlechte Qualität der heimischen Gesetzgebung?**

Ja: 91,95 Prozent
Nein: 8,05 Prozent

472 Teilnehmer

» **Heutige Frage: Der Staat zahlt keine Steuergelder mehr für die Hypo, die Gläubiger schauen durch die Finger. Ist das in Ordnung?**

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf www.vol.at

Bildungsaktion für Lehrlinge

WIEN. Nationalratspräsidentin Doris Bures wird das Angebot an politischer Bildung im Parlament mit einem maßgeschneiderten Programm für Lehrlinge erweitern. „Niemand wird als Demokratin oder Demokrat geboren. Die Fähigkeit zu demokratischem Verhalten muss erlernt und die Bereitschaft zur politischen Teilhabe gefördert werden", sagte Bures.

Die zwei Säulen der neuen Lehrlingsoffensive sind ein eigenes Lehrlingsparlament, das bereits am 4. und 5. März das erste Mal tagen wird. Außerdem soll es ab Herbst in der Demokratiewerkstatt des Parlaments ein eigenes Lehrlingsmodul geben. In Österreich beginnen knapp 40 Prozent aller Jugendlichen nach Vollendung der neunjährigen Schulpflicht eine Lehrausbildung, Tendenz steigend.

Karikatur

Unendliches Loch!

SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT